

Redemanuskript Dr. Klaus Haertel
im Rat der Stadt am 26.03.2009 zur Tagesordnungspunkt
„Resolution zum Kommunalwahltermin am 30. August 2009“

Ich möchte an den Beginn meiner kurzen Ausführungen ein Zitat aus einem Kommentar von Oliver Schmeer aus der WAZ von letztem Samstag stellen, das die Situation ganz knapp, aber richtig beschreibt: Zitat::

„Der Extra-Wahltermin für die KW im August macht ob der schwarz-gelben Heuchelei und der Geldverschwendung geradezu wütend. Und leider steht kein Schwarz-Gelber (gemeint ist hier in Gelsenkirchen) wie anderorts im Land dagegen auf.“

Seit dem Haupt- und Finanzausschuss in der letzten Woche können wir die erwähnte Geldverschwendung auch beziffern. 500.000 Euro für den zusätzlichen unnötigen Wahltermin. Auch die Stadtverordneten von CDU und FPD, die hier glauben, die Regierungsparteien in Düsseldorf verteidigen zu müssen, wissen, was man mit 500.000 Euro alles anfangen kann.

Wir werden im Rahmen der Beratungen um das Konjunkturprogramm Projekte, die viel weniger kosten nicht durchführen können, frei Träger enttäuschen müssen. Was wäre möglich an weiteren sog. freiwilligen Maßnahmen für Sportvereine, soziale, gesundheits- und bildungspolitische Projekte, und .. sieht man die dramatisch sinkenden „Halbwertszeiten“ der Nachtragshaushalte für dieses Jahr, so sind wir ja „auch da noch nicht über den Berg. Auch in diesem Fall täte uns ein Notpolster statt unnötiger Geldverschwendung in einer **Größenordnung von 1 Millionen Mark** gut, ohne „den Teufel an die Wand malen“ zu wollen.

Dabei geht es der SPD vorrangig nicht ums Geld. Es geht um demokratische Rechte und um die kommunale Selbstverwaltung. Die darf und muss Geld kosten.

Deshalb an dieser Stelle gleich ein Hinweis auf die Klage von Grünen und SPD im Landtag gegen die abgeschaffte Stichwahl. Ich finde den **Zeitpunkt** der Klage äußerst ungünstig. Direkt nach der Abschaffung vor etwas eineinhalb Jahren wäre aus meiner Sicht der richtige Termin gewesen.

Politisch finde ich die Abschaffung der Stichwahl aber weiterhin falsch, sie schadet der kommunalen Demokratie. Es ist leicht auszurechnen, dass bei vielen Kandidaten und geringer Wahlbeteiligung es vorkommen wird, dass Oberbürgermeister und Bürgermeister mit nicht mehr als 10 % der Wahlberechtigten gewählt werden. Das hat nichts mit Demokratie zu tun.

Zurück zum Geld: Angesichts der knappen Ressourcen sollte ja eigentlich Konsens hier im Rat sein, dass städtisches Geld nicht sinnlos zum Beispiel für zusätzliche Wahltermine verpulvert wird. Bei der Abstimmung werden wir vermutlich sehen, dass dies leider nicht der Fall ist.

Wie schamlos im Land von CDU und FDP getrickst wird, zeigen ganz anschaulich das Drehen der Argumente aus weiß mach schwarz und umgekehrt, als würden unsere Bürger sich Ihre Hosen mit Beißzangen anziehen. CDU und FDP haben für den Wahltermin im Juni - gemeinsam mit der Europawahl -, mit den immensen Kosten von 42 Mio. Euro in NRW argumentiert, die ein zusätzlicher Kommunalwahltermin kosten würde.

Gescheitert ist dieser Wahltermin im Juni für dem Verfassungsgericht aber nicht am Geld, sondern an der Überlappung von 4 Monaten von altem und neuen Rat von "lame ducks" und frisch gewählten, die noch nicht ran dürfen.

Nach dem Scheitern der Landesregierung vor dem Verfassungsgericht wurde die Argumentation in voller Fahrt um 180 Grad gedreht. Jetzt soll die Extra-Wahl nur noch 4 Mio. Euro kosten.

Jetzt wird wieder deutlich: Es ging bei CDU und FDP gar nicht Geld und schon gar nicht um „Demokratie“. Es ging und geht um schamlose Trickserie zu eigenem Gunsten. Haben doch die Generalsekretäre von CDU und FDP den Termin im Juni ausgeguckt, um die Wahlchancen der FDP und damit der Regierungskoalition zu verbessern. Es war jahrzehntelang gute Tradition – auch unter absoluten SPD-Mehrheiten – den Wahltermin aus parteitaktischen Erwägungen herauszuhalten. Als die Generalsekretäre von CDU und FDP mit Staatssekretären der zuständigen Ministerien zusammenkamen, ging es nur um den eigenen parteilichen Vorteil. Warnende Stimmen wurden geflissentlich überhört. Zum Glück entspricht es der deutschen Mentalität von solchen Treffen Aktennotizen zu fertigen, so dass diese Treffen zum Glück nicht geheim blieb. Wie es so ist, ich will nicht Rudi Assauer zitieren, irgendwann erblickt alles wie dieser Aktenvermerk das Licht der Öffentlichkeit!

Hier wurde nicht nur getrickst, sondern auch die Verfassung gebeugt, wie wir nun wissen.

Deshalb macht für 2009 nur ein gemeinsamer Wahltermin Bundestagswahl mit Kommunalwahl Sinn. Ein Erfolgsmodell - 1994 mit einer traumhaft hohen Wahlbeteiligung. Doch diese scheuen offenbar die Regierungskoalition und Düsseldorf, CDU und FDP in Gelsenkirchen und die anderen kleinen Gruppierungen, die auch hoffen, von einer niedrigen Wahlbeteiligung zu profitieren.

Eine Ausnahme bildet da vielleicht die Gruppe „AUF“, die ja dem Verfassungsentscheid schrieb: „Die Begründung gegen eine Zusammenlegung mit der Bundestagswahl ist der zweite Fettnapf, in den das Pärchen Rüttgers / Wolf steigen. Werden sie nun weitere Fehler machen, in dem sie für einen von der Bundestagswahl getrennten, neuen Termin zig Millionen von Steuergeldern verschwenden, obwohl ihr einziges Argument für die Zusammenlegung mit der Europawahl doch die Kosteneinsparung war?“ Was diese richtige Argumentation wert ist, werden wir heute bei der Abstimmung stehen.

Der neuer Wahltermin – am 30. August - 14 Tage nach den Sommerferien, ganze vier Wochen vor der lange terminierten Bundestagswahl ist nur aus dem undemokratische Ziel Geringe Wahlbeteiligung zu eigenem Nutzen abzuleiten.

Dafür wird dann eben versucht, die Menschen in Gelsenkirchen und in ganz NRW für dumm zu verkaufen. Ich traue den Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchenern mehr zu! Sie können zwischen bundespolitischen und lokalen Themen unterscheiden!

Und sie haben es auch 1994 gekonnt, wie die deutlichen Unterschiede bei den Wahlergebnissen zeigen. Die SPD hatte z.B. bei der Bundestagswahl bezogen auf NRW 5,9% weniger Stimmen als bei der zeitgleichen Kommunalwahl! Deutlicher ist ein unterschiedliches Stimmverhalten der Bürgerinnen und Bürger doch gar nicht zu zeigen.

Ich freue mich, dass sehr viele CDU-Fraktionen und CDU-Bürger und Oberbürgermeister landauf landab das genauso sehen wie meine Fraktion in Gelsenkirchen. Die Liste der Ratsresolutionen aus Städten mit CDU-Mehrheiten ist zu lang um sie hier vorzutragen.

Der Bund der Steuerzahler, auf den man sich ja sonst gerne stützt, wenn es um Geldverschwendung geht, hat sich eindeutig positioniert und seine 80.000 Mitglieder aufgefordert, für einen gemeinsamen Wahltermin mit der Bundestagswahl zu einzusetzen.

Auch alle Umfragen zeigen, dass die große Mehrheit der Menschen im Land keinen zusätzlichen Wahltermin will.

Wir sollten heute wie viele andere Räte in NRW deutlich machen:

- ein unnötiger zusätzlicher Wahltermin ist unnötige Geldverschwendung,
- er ist Trickserei und es wird versucht, die Menschen für dumm zu verkaufen.

Wer gegen die von SPD und Grünen vorgelegte Resolution stimmt, ist nur auf seinen eigenen vermeintlichen Vorteil aus.

Die Menschen in Gelsenkirchen sollen wissen, wer in dieser Ratssitzung für einen zusätzlichen Wahltermin und damit für Mehrausgaben von 500.000 Euro gestimmt hat.